

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Wiederaufbau Oostreichs darstellg. Nur eine von allen guten Geistern verlassene Gemeindeverwaltung kann just dieser Schichte die Förderung versagen. Zu verurteilen ist auch die Kürzung der Subvention an die Gesellschaft zur Förderung der Kunstgewerbeschule. Die Förderung dieser Schule wäre nicht nur im Interesse des Gewerbestandes, sondern auch der ganzen Volkswirtschaft und damit auch der Gemeindeverwaltung gelegen. Obwohl oft und oft bei ausserordentlichen Anlässen an Parteiorganisationen Subventionen gegeben wurden, wird heuer an den Wiener Dombauverein, nur der gleiche Betrag wie im Vorjahre gegeben, obwohl im Herbst die Feier des 500jährigen Bestandes des Stephansturms stattfindet. Auch die Kürzung der Subvention für den Verein Carnuntum ist vom Standpunkt des Fremdenverkehrs sehr zu bedauern. Während die Schosskinder der Freimaurerloge das Volksheim, der Wr. Volksbildungsverein, der Verein Zentralbibliothek besonders gut behandelt werden, wird die Subvention an den ohnehin stiefmütterlich behandelten Verein "Volkslesehalle" gegenüber dem Vorjahr um 1000 S gekürzt. Der Redner stellt den Antrag die Subvention an diesen Verein von 4000 auf 5000 S zu erhöhen. Geradezu aufreizend ist die Kürzung der Subvention des Verbandes der christlichen Hausgehilfinnen. Dieser Stand wurde durch die denkbar unsozialste Steuer durch eine reine Bol-schewikensteuer förmlich dezimiert. Die Subvention des Vereins, die ohnehin nur 800 S betragen hat, wurde um 200 S gekürzt. Der Redner beantragt, die Subvention für den Verband der christlichen Hausgehilfinnen mit 1000 S festzusetzen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt.

Wien, am.....

Völlig unwirtschaftlich ist auch die Kürzung der Subvention des "Katholischen Kreuzbündnisses". Wiederholt hat der Chef des Wohlfahrtswesens in diesem Hause über das Wüten der Alkoholseuche geklagt, die Gemeinde tut aber garnichts dagegen, im Gegenteil, sie fördert diese Seuche grosszügig und belastet dadurch das Budget des Kreuzbündnisses nicht unwesentlich. Lueger hat das Brauhaus der Stadt Wien als ^{bescheidenen} Preisregulator gegründet, die Sozialdemokraten haben es mächtig ausgebaut und können mit Stolz ihren Anteil daran reklamieren, dass Oesterreich heute die dritt grösste Kundschaft der tschechischen Brauindustrie ist.

Aber die Kehrseite besteht darin, dass der tägliche Pflinglingsstand auf dem Steinhof und in Ybbs von 3284 im Jahre 1923 sich auf 5428 im Jahre 1931 erhöht hat. Die Gemeinde unterhält eine einzige Trinkerberatungsstelle für ganz Wien, umsomehr müsste sie die Tätigkeit, welche private Organisationen auf diesem Gebiete ^{voll-}bringen, unterstützen. Während der extrem sozialdemokratische Abstinenzbund 7000 Schilling Subvention erhält, bekommt das "Katholische Kreuzbündnis" nur 300 Schilling.

Die gleiche Ungerechtigkeit finden wir bei der Subventionierung der Studentenvereine. So wird der christlich orientierten "Akademikerhilfe" die Subvention gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel, jene der sozialdemokratischen "Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs" bloss um ein Sechstel gekürzt. Die "Akademikerhilfe" unterhält zwei Eigenheime und vier Mietheime mit 480 Betten, die "Wirtschaftshilfe" drei von der Gemeinde erbaute Heime mit nur 180 Betten. Trotzdem erhält die christliche Organisation nur 1500 Schilling, die sozialdemokratische aber 5000 S.

Eine ebenso schreiende Ungerechtigkeit erfolgt bei der Subventionierung der beiden Organisationen, die der Krankenpflege dienen. Weit über 100.000 Nächte, weit über 100.000 halbe und ganze Tage haben Schwestern der "Hauskrankenpflege" am Sichenlager der Aermsten der Armen verbracht, haben förmlich als Angestellte der Gemeinde im übertragenen Wirkungskreise Wohlfahrtsdienste verrichtet. Obwohl die christlich orientierte "Hauskrankenpflege" weitaus mehr leistet als die sozialdemokratische "Distriktskrankenpflege" erhält die christliche Organisation 2000 Schilling, die sozialdemokratische 8000 Schilling.

Es entsträche einer ausgleichenden Gerechtigkeit, wenn Sie die folgenden Anträge annehmen:

Dem Verband der christlichen Hausgehilfinnen wird eine Subvention von 1000 Schilling,

dem "Katholischen Kreuzbündnis" gleichfalls eine Subvention von 1000 Schilling,

den beiden Organisationen "Hauskrankenpflege" und Verein "Distriktskrankenpflege" wird je eine Subvention von 5000 Schilling bewilligt.

Ein anderes schweres Unrecht liegt darin, dass der christliche Arbeiterturnistenverein bloss mit 600 Schilling, die sozialdemokratischen Naturfreunde aber mit 6000 Schilling bedacht werden, während andere hochverdiente Organisationen wie die Känderschutzzustationen "Frohe Kindheit", "Carasantium" und "Wiener Touristenklub" nicht einen Groschen Subvention erhalten, obwohl die Früchte ihrer Tätigkeit der Gemeinde reichlich zugute kommen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am.....

Was die Bedeckung dieser Anträge anbelangt, so wäre, wenn dem "Verband Jugendheim" 10.000 Schilling zugewendet und die restlichen 25.000 Schilling aufgeteilt werden würden, die Arbeit, die dieser Verband für die Jugend leistet, genügend entlohnt und die genannten Organisationen könnten wenigstens eine bescheidene Subvention erhalten. Der einzige richtige Weg wäre aber der, die gesamte Wohlfahrtspflege umzustellen und die private Wohltätigkeit im Dienste der Gemeinde heranzuziehen, wodurch allein ungeheure Summen erspart würden. Die gesamte Subventionierung der Gemeinde ist von Parteilichkeit durchsetzt. Sie macht nicht halt vor dem wehrlosen Kind, sie kümmert sich nicht um den Fremdenverkehr, sie macht nicht halt am Krankenlager der Ärmsten der Armen. Die meisten von Ihnen waren Jahr für Jahr Zeugen des unverwüstlichen Glaubens der Minorität an Oesterreich. Nun ist das Wiedererwachen Oesterreichs im Gang und wird auch vor den Toren dieses Hauses nicht halt machen. Einer Vorlage, die von so viel Ungerechtheit durchsetzt ist, können die Christlichsozialen ihre Zustimmung nicht geben. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

In seinem Schlusswort erwidert der ^{Thaler} ~~Referent~~ auf den Vorwurf des Vorredners, dass die Künstlervereinigungen zuwenig berücksichtigt werden, dass sich die Förderung der Künstler, der Künstlervereinigungen und der Kunst überhaupt durch die Gemeinde Wien nicht nur auf die Subventionen erstreckt; die Gemeinde gebe Ehrenpreise, Kunstpreise, sie gebe den alten Künstlern Ehrenpensionen, und was entscheidend ist, die habe bisher bei der Wohnbautätigkeit die Künstler zur Mitarbeit herangezogen und dafür nicht weniger als 11.000.000 Schilling ausgegeben. Wenn Herr GR. Stöger darüber Beschwerde führt, dass die Volksbildungseinrichtungen nicht mit entsprechenden Subventionen bedacht werden, so ist darauf zu erwidern, dass der Bund bis heute für die Volksbildungseinrichtungen noch keinen Schilling hergegeben habe, weil das Finanzministerium alle diese Beträge gesperrt hat. Herr GR. Stöger täte besser, seine schöne Rede dem Finanzminister zu halten.

(Beifall bei den Soz.dem.)

Die Vorlage wird unverändert angenommen, die Anträge Stöger abgelehnt.

ST.R. Dr. Dannenberg ersucht um Kenntnisnahme der im ersten periodischen Bericht aus 1933 enthaltenen Zuschusskredite. Alle Ueberschreitungen haben bereits des Gemeinderat beschäftigt.

GR. Ueberhöhr (ch.rsoz.) nimmt Bezug auf die die Strassen betreffende Post in Zuschusskrediten und weist auf den trostlosen Zustand hin, in dem sich die Verkehrswege in Wien befinden, auch zu einer Zeit wo die Gemeinde noch mehr Geld zur Verfügung hatte, wurde von der Opposition wiederholt auf den trostlosen Zustand der Wr. Strassen hingewiesen. Ebenso haben wir wiederholt auf die ganz unzuweckmäßige Pflege der Strassen aufmerksam gemacht und auf den Unfug, der mit der Strassenölung getrieben wird. Wir haben wiederholt verlangt, man möge die Strassen rationell pflegen und sie nicht verlutern lassen. Vor einigen Monaten haben wir auch auf die notwendige Reparatur der Hernalser Pfarrkirche aufmerksam gemacht.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

Es geschieht aber nichts. Das Amtshaus in Hernalsbefindet sich in einem arg vernachlässigten Zustand. Das Gleiche gilt vom Friedhofsgebäude in Hernalsb. Die schlechte Pflege der Strassen bringt es mit sich, dass nicht nur die Menschen an ihrer Gesundheit Schaden erleiden, sondern ^{dass} auch die Fuhrwerke darunter leiden. GR. Uebelhör lenkt ferner die Aufmerksamkeit der Gemeindeverwaltung auf die Vernachlässigung der Pflasterung der Wege und der Kinderspielplätze in den Parkanlagen. Wenn die Gemeinde so fort macht, wird Wien in kurzer Zeit recht nett aussehen. Man nehme hier endlich Vernunft an. Wir wissen, dass es an Geld fehlt, aber wir verlangen nur, dass die Strassen doch etwas besser gepflegt werden, als es jetzt der Fall ist (Lobh. Beifall b. d. Chr. soz.)

STR. Dr. Darnberg teilt in seinem Schlusswort mit, dass die Reparatur des Kirchendaches in Hernalsb bereits vergeben ist. Was die Strassen anlangt, so ist trotz aller ~~Erparungs~~notwendigkeit für die Oelung der Strassen heuer kein geringerer Betrag als im vorigen Jahr eingesetzt und es ist von diesem Betrag auch kein Abstrich gemacht worden. Die Oelung ist nur infolge der Witterung einigermaßen in Rückstand gekommen. Die Kritik an dem Zustand der Strassen ist in gewisser Hinsicht berechtigt, es ist aber bekannt, dass man in der heutigen Zeit leider nicht ohneweiters die selben Beträge aufwenden kann, wie in Jahren mit normalen Einnahmen. Ich darf daran erinnern, dass für die Wiederherstellung der Wiener Strassen, die in der Kriegszeit und den ersten Nachkriegsjahren naturgemässe sehr vernachlässigt worden sind, ausserordentlich viel Geld aufgewendet worden ist, und dass wir lange Zeit kein Rechnungsjahr hatten, in dem nicht ein Betrag von mindestens 15 Millionen Schilling für diesen Zweck eingestellt war. Dieser Betrag musste allerdings seit 1931 erheblich reduziert werden. Es wird aber in Erinnerung sein, dass die Gemeinde auf Kredit für 6 Millionen Schilling Strassen ausserhalb der verringerten Budgetsummen hat herstellen lassen und dass die Gemeinde diesen Kredit in drei Jahresraten zu 2,000.000 wird zurückzahlen müssen, von denen die erste Rate jetzt fällig ist. Die Gemeinde hat aber heuer auch den Versuch unternommen, ein ausserordentliches Strassenprogramm ausserhalb des Budgets aufzustellen, die Regierung hat jedoch die Aufnahme ^{des erforderlichen} (Kredites) verweigert (Lobhafte Hört Hört- Rufe bei den Soz. dem.), obwohl er, wie ausdrücklich festgestellt wurde, für Strassen-, Kanalzwecke und dergleichen Dinge verwendet werden sollte. Die Gemeinde muss ^{naturlich} infolge des Entzuges grosser Beträge, mit denen sie im Budget gerechnet hat, alle möglichen Rückstellungen vornehmen, was aber auch in den übrigen Städten des In- und Auslandes und auch beim Bund der Fall ist. Wenn der Bund jetzt in der Lage ist, 60,000.000 Schilling für ein ausserordentliches Strassenbauprogramm auszugeben und davon 12,000.000 auch autonomen Landesstellen für ihre Strassenbedürfnisse zur Verfügung zu stellen, so könnte er von diesem Betrage einen Teil auch dem autonomen Land Wien geben. (Zustimmung bei den Soz. dem.) Da die Herren der Opposition zur Regierung bessere Beziehungen haben als ich, könnten sie vielleicht diese Idee bei der Regierung unterstützen; dann könnte ihren Wünschen besser Rechnung getragen werden (Lobhafter Beifall bei den Soz. dem.)

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und die Sitzung wird um 20 Uhr 15 Minuten geschlossen.

Bogenabfertigung 20 Uhr 32 Minuten.